

„Soziale Stadt konkret:

Bewohner(innen)beteiligung im internationalen Quartier Tenever“

Impuls von Joachim Barloschky, Projektgruppe Tenever, Amt für Soziale Dienste Bremen

Der Beitrag wird sich schriftlich und pointierter mündlich befassen mit Inhalten und Formen der Bewohner/innenbeteiligung im Soziale Stadt-Quartier Bremen-Tenever.

Beteiligung, die (Quartiers-)Geschicke in die eigenen Hände nehmen – und nicht nur alle vier (bzw. aktuell drei) Jahre sein Kreuz machen. Oder auch nicht (wie ca. 50 % der Wahlberechtigten in Tenever). Ganz zu schweigen von denjenigen die als Ausländer kein Wahlrecht haben.

Ausgehend von einem benachteiligten (Hochhaus-) Quartier werden solche Programme wie Soziale Stadt, LOS oder das Bremer Programm Wohnen in Nachbarschaften (WiN) als Antwort verstanden auf:

- die zunehmende gesellschaftliche Spaltung in arm und reich (und die damit einhergehenden Segregationsprozesse)
- die sich daraus ergebende Notwendigkeit der nicht nur städtebaulichen Korrekturen in den benachteiligten Gebieten
- die wachsende Distanz zwischen Politik / Verwaltungsprofis und dem realen Leben und Stimmungen in der Bevölkerung
- den wachsenden Bedarf nach Partizipation und bürgerschaftlichem Engagement

Quartierbudgets in Verbindung mit neuen Beteiligungsrechten und -formen sind ein wichtiger Bestandteil einer neuen Verantwortungsteilung zwischen Staat und Gesellschaft und zentrale Elemente einer zukunftsfähigen Kommunal- bzw. Quartiersentwicklung. Bürgerinnen und Bürger zu beteiligen, ihre Kompetenzen zu nutzen und sie zu Mitgestaltern ihres Lebensraums zu machen geht jedoch weit über eine Kompensation von „Ausfallerscheinungen“ des klassischen Sozialstaates hinaus.

In Bremen-Tenever entscheiden alle Beteiligten gemeinsam und im Konsens über die Vergabe öffentlicher Programmmittel - mittendrin die Bewohnerinnen und Bewohner. Hier ergänzen sich Erfahrungswissen der Bewohner und Expertenwissen von Fachleuten, Politikern und Interessenvertretungen beispielhaft. Das Konsensprinzip auf der überschaubaren Quartiersebene gewährleistet eine basisdemokratische Möglichkeit der Entscheidungsfindung und sichert in Verbindung mit einem offen und demokratisch geführten Quartiersdiskurs einen zielgenauen und verantwortungsbewussten Mitteleinsatz.

Bewohner/innenbeteiligung, Quartiersbeteiligung und die Rolle von Quartiersbudgets werden am Beispiel der Stadtteilgruppe Tenever vorgestellt. Dabei gilt besondere Aufmerksamkeit der Beteiligung von Migranten (zumal 70% in Tenever einen Migrationshintergrund haben).

Und es wird gemeinsam nachgedacht über Bertolt Brechts Gedicht:

Die große Decke

Der Gouverneur, von mir befragt, was nötig wäre

Den Frierenden in unsrer Stadt zu helfen

Antwortete: Eine Decke, zehntausend Fuß lang

Die die ganzen Vorstädte einfach zudeckt.

Empfohlen wird ein Blick auf www.bremen-tenever.de

Der Beitrag erscheint im Herbst 2005 in: Sinning, Heidi (Hg.) 2005: Stadtmanagement - Strategien zur Modernisierung der Stadt(-Region), Dortmund.

Quartierbudget - Ansätze und Erfahrungen am Beispiel des Programms WiN - Wohnen in Nachbarschaften in Bremen-Tenever

Joachim Barloschky, Maren Schreier

Quartierbudgets in Verbindung mit neuen Beteiligungsrechten und -formen sind ein wichtiger Bestandteil einer neuen Verantwortungsteilung zwischen Staat und Gesellschaft und zentrale Elemente einer zukunftsfähigen Kommunal- bzw. Quartiersentwicklung. Bürgerinnen und Bürger zu beteiligen, ihre Kompetenzen zu nutzen und sie zu Mitgestaltern ihres Lebensraums zu machen geht jedoch weit über eine Kompensation von „Ausfallerscheinungen“ des klassischen Sozialstaates hinaus.

In Bremen-Tenever entscheiden alle Beteiligten gemeinsam und im Konsens über die Vergabe öffentlicher Programmmittel - mittendrin die Bewohnerinnen und Bewohner. Hier ergänzen sich Erfahrungswissen der Bewohner und Expertenwissen von Fachleuten, Politikern und Interessenvertretungen beispielhaft. Das Konsensprinzip auf der überschaubaren Quartiersebene gewährleistet eine basisdemokratische Möglichkeit der Entscheidungsfindung und sichert in Verbindung mit einem offen und demokratisch geführten Quartiersdiskurs einen zielgenauen und verantwortungsbewussten Mitteleinsatz.

1 Einleitung

„Es ist eine demokratische und inhaltliche Selbstverständlichkeit, dass die Menschen das Haus, in dem sie leben wollen, selbst planen und gestalten können“ (Bertolt Brecht).

Der sozioökonomische Wandel hat in unserem Land, insbesondere in den Städten, zu einer Zunahme neuer sozialer Ungleichheitsstrukturen geführt. Als Folge von sozialräumlicher Segregation und Polarisierung haben sich sogenannte benachteiligte Quartiere oder „neue Armutsquartiere“ herausgebildet, in denen sich insbesondere ökonomisch marginalisierte und Angehörige ethnischer Minderheiten konzentrieren und die zumeist durch baulich-räumlichen Verfall, negatives Image und hohe Mieterfluktuation gekennzeichnet sind (Häußermann, Kronauer, Siebel 2004). Bremen-Tenever ist ein solches Quartier: Eine typische Trabanten-siedlung der 1970er Jahre, am Stadtrand gelegen, ausnahmslos Sozialwohnungen. Auch wenn die Architekten und Planer damals hoffnungsfroh „Urbanität durch Dichte“ versprochen, zeigte sich in der Realität ein anderes Bild. Hier war es dann wohl eher wie bei Christian Morgenstern: „Der Architekt jedoch entfloh / nach Afri- od Ameriko.“

Weitere Charakteristika Tenevers (11.000 EinwohnerInnen, davon zurzeit 6.000 im Hochhausviertel) sind:

- Kinderreichtum: Tenever ist der kinderreichste Ortsteil Bremens. Ein Drittel der Bewohnerinnen und Bewohner ist unter 18 Jahren.
- Internationalität: In Tenever haben Menschen aus rund 80 Nationen ihre neue Heimat gefunden. Von den 6.000 Einwohnerinnen und Einwohnern der Hochhaussiedlung sind 40% Ausländer und 25% Aussiedler: zwei Drittel der Bewohnerinnen und Bewohner Tenevers haben einen Migrationshintergrund.
- Armut: 35% aller Bewohnerinnen und Bewohner, vor allem Kinder und Jugendliche, sind auf Sozialleistungen (Alg II, Sozial- und Wohngeld etc.) angewiesen, mit all den bitteren Armutfolgen wie soziokultureller Benachteiligung, schlechterem Gesundheitszustand, geringerer Lebenserwartung und deutlich schlechteren Bildungschancen (Pisa-Studie).

Da drängt sich der Ruf nach der „großen Decke“ auf:

„Der Gouverneur, von mir befragt, was nötig wäre den Frierenden in unsrer Stadt zu helfen antwortete: Eine Decke, zehntausend Fuß lang, die die ganzen Vorstädte einfach zudeckt“ (Bertolt Brecht).

Noch sind solche Verhältnisse nicht vorhanden, aber: Werden diese Menschen und ihre Quartiere sich selbst überlassen, droht der sogenannte Fahrstuhleffekt, dessen Folgen gravierend sind: „Je stärker die sozialräumliche Segregation ausgeprägt ist und je länger sie dauert, desto eher wird sie zu einer Ursache von sozialer Ausgrenzung“ (Häußermann 2002: 71 f.). Eine aktive Gegensteuerung ist längst überfällig. Dort, wo Quartiere und Nachbarschaften überfordert sind, da wo Menschen ausgegrenzt und an den Rand gedrängt werden ist Unterstützung von außen

unabdingbar. Es ist eine zentrale Herausforderung nicht nur kommunaler Politik (Mayntz 2002: 37f), der sozialräumlichen Segregation entgegen zu wirken und soziale Ausgrenzung zu vermeiden. Die sich verschärfenden Problemlagen wie Massenarbeitslosigkeit, Armut, soziale Ungleichheit und Marginalisierung haben die Frage nach der Rolle des Staates im Zusammenhang mit der Herstellung sozialer Gerechtigkeit und Integration neu aufgeworfen. Dies erfordert ein Nachdenken über neue Formen der Kooperation zwischen staatlichen Stellen, Bürgerinnen und Bürgern (Bogumil 2002) sowie eine kritische Überprüfung staatlicher Regulierung und Verteilung von Gütern und Leistungen.

Bürgerbeteiligung und bürgerschaftliches Engagement haben derzeit Hochkonjunktur, ganz besonders im Rahmen des Leitbildes der „aktiven Bürgergesellschaft“. Mit Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern sind im Folgenden ausdrücklich auch Kinder und Jugendliche sowie die ausländische Mitbevölkerung gemeint.

Insbesondere in Zeiten von scheinbar geringer werdenden finanziellen Handlungsspielräumen des Staates, Überschuldung der Kommunen und sich verschärfenden sozialen Problemlagen bei gleichzeitig sprunghaftem Anstieg des Privatvermögens Einzelner üben diese Begriffe und die dahinter stehenden Konzepte auf politische Entscheidungsträger eine hohe Anziehungskraft aus. So erhofft man sich von der Aktivierung bzw. Stärkung bürgerschaftlichen Engagements wichtige Beiträge zur Funktionsfähigkeit der Gesellschaft, zur Bewältigung der Finanzkrisen und zur individuellen Entwicklung, insbesondere durch Kompensation aller möglichen „Ausfallerscheinungen“ des klassischen Sozialstaates.

Bürgerinnen und Bürger zu beteiligen, ihre Kompetenzen zu nutzen und sie zu Mitgestaltern ihres Lebensraums zu machen, geht jedoch weit über Kürzungsdebatten hinaus: Beteiligung, Selbstorganisation und Mitverantwortung sind zentrale Elemente einer zukunftsfähigen Kommunal- bzw. Quartiersentwicklung (Pröhl, Pahlen 2002), nicht zuletzt weil sie für eine gute, selbstbestimmte Lebensbewältigung unabdingbar sind. Der Bürger ist als Experte seines Lebensraums anzuerkennen und steht somit dem Staat und der Verwaltung nicht reduziert auf seine Funktion als „Kunde“ gegenüber. Vielmehr ist er als vollwertiges Mitglied der Gesellschaft anzuerkennen und als aktiver Mitgestalter des Gemeinwesens ernst zu nehmen (Barloschky 1997: 48-49).

Vielen Menschen ist ihr Quartier am nächsten; es ist überschaubar und hier gibt es die Chance der „kurzen Wege“ - was also liegt näher, als das große Ziel der sozialen Integration in die Gesellschaft auch auf dieser Ebene anzugehen?

Diese Erkenntnis in Taten umzusetzen und nicht in schönen Worten hängen zu bleiben, ohne jedoch die Bedeutung des Quartiersansatzes zu überhöhen, erfordert Einiges - es geht um ein neues Politikverständnis:

- Machtverzicht von Mandatsträgern und Verwaltung zu Gunsten der Abgabe von Kompetenzen an die Bürgerinnen und Bürger,
- kontinuierliche Information und hohe Transparenz,
- klare und kurze (Verfahrens-)Wege,
- niedrigschwellige, zielgruppengerechte Ansprache und vielfältige Beteiligungsformen im Sinne einer interessenorientierten, an den Prinzipien der Gemeinwesenarbeit ausgerichteten Quartiersentwicklung.

Bei all dem muss die Analyse der die Lebensbewältigung der Menschen einschränkenden Umstände im Vordergrund stehen.

2 Soziale Stadtentwicklung in Bremen

Soziale Stadtentwicklung hat in Bremen Tradition. Bereits in den 1980er Jahren wurde das Programm „Nachbesserung von benachteiligten Wohnquartieren“ in fünf Bremer Großsiedlungen durchgeführt. Zentrale Merkmale waren ein ressortübergreifendes Handlungskonzept sowie eine bürgernahe, durch umfassende Bewohnerbeteiligung realisierte Planung und Entscheidung (Bronke 2002). Die positiven Erfahrungen dieses Programms haben 1998 zur Verabschiedung des Programms „Wohnen in Nachbarschaften (WiN) - Stadtteile für die Zukunft entwickeln“ durch den Bremer Senat geführt. Wesentliche Elemente dieses Programms sind die Stärkung von Bürgerbeteiligung und bürgerschaftlichem Engagement, die Förderung von Kooperation und Vernetzung aller Akteure sowie die Bildung von Quartiersbudgets. Ergänzt wird WiN in allen Gebieten durch das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ sowie das ESF-Bundes-Programm „Lokales Kapital für soziale Zwecke“.

Die Stadt Bremen hat mit der Umsetzung dieser Programme bereits einen großen Schritt hin in Richtung der Verlagerung von Kompetenzen und Ressourcen in benachteiligte Quartiere gewagt. In den WiN-/ Soziale Stadt-

Gebieten entscheiden alle Beteiligten gemeinsam und im Konsens über die Vergabe öffentlicher Programmmittel - mittendrin die Bewohnerinnen und Bewohner.

Das Bremer Programm „Wohnen in Nachbarschaften“ (WiN) - Hoffnungsträger für benachteiligte Quartiere

Rahmendaten: Das Programm WiN ist Teil einer langfristig angelegten, integrierten Stadtentwicklungspolitik der Stadtgemeinde Bremen (Freie Hansestadt Bremen 2003: 6f.).

WiN wird in zehn benachteiligten Gebieten Bremens umgesetzt und war zunächst auf den Zeitraum von 1999 bis 2004 befristet. Wegen des großen Erfolges sowie der guten Resonanz bei Bewohnerinnen, Bewohnern und lokalen Akteuren hat die Bremische Bürgerschaft beschlossen, das Programm weitere sechs Jahre fortzuführen.

Die WiN-Fördermittel sind ausschließlich für zusätzliche Vorhaben und Projekte einsetzbar (Regelaufgaben ausgenommen) und können sowohl für investive als auch für konsumtive und personelle Ausgaben herangezogen werden.

Zielgruppen: Das Programm WiN richtet sich an alle Akteure der jeweiligen Quartiere; vorrangig an die Bewohnerschaft, aber auch an Institutionen, Initiativen und Unternehmen, insbesondere Wohnungsgesellschaften. Jedes WiN- und Soziale Stadt-Projekt setzt auf Eigenleistungen der Beteiligten. Erwähnenswert ist hierbei die Möglichkeit, im Rahmen des WiN-Programms „Eigenleistungen“ auch und gerade in Form von ehrenamtlicher Arbeit als Grundfinanzierung eines Projektes anzusetzen. Dies ist ein erfolgreicher Anreiz zur Mitarbeit und eine wichtige Anerkennung der insbesondere von Bewohnerinnen und Bewohnern geleisteten Arbeit.

Prinzipien: Das Programm ist ressortübergreifend und gemeinwesenorientiert. Gemeinwesenorientierung wird als sozialräumliche Strategie verstanden, die den Fokus ganzheitlich auf das Quartier richtet, zielgruppenübergreifend, ressourcen- und bedürfnisorientiert handelt und die selbstbestimmte, aktive Gestaltung der eigenen Lebensbedingungen zum Ziel hat (Hinte, Lüttringhaus, Oelschlägel 2001). WiN weist, wie das Programm Soziale Stadt auch, über die sektorale Politik hinaus und zielt darauf ab, den komplexen Problemen der Quartiere mit einem integrierten Ansatz zu begegnen. Hierbei sind Ressourcenbündelung und Kooperation von hoher Bedeutung, um gemeinschaftlich eine Verbesserung der Lebenssituation erreichen zu können.

Dezentrale Mittelvergabe und Bildung von Quartierbudgets: Jedem Quartier steht jährlich ein Budget aus den Programmen WiN, Soziale Stadt und LOS zur Verfügung, das in gemeinsamen Planungs-, Diskussions- und Aushandlungsprozessen von allen Akteuren des Quartiers nach dem Konsensprinzip vergeben wird. Dies ist ein beispielhaftes Verfahren kooperativer Demokratie und überträgt den Akteuren vor Ort die Entscheidung über die Vergabe öffentlicher Mittel weit über gesetzliche Vorgaben hinaus. Unter Formen kooperativer Demokratie sind die „neuen, gesetzlich nicht vorgeschriebenen, sondern freiwilligen, dialogisch orientierten und auf kooperativen Problemlösungen angelegten Verfahren der Bürger- und Verbändebeteiligung an der Politikformulierung und an der Politikumsetzung“ zu verstehen. Hierzu zählen z.B. Stadtteilforen und -konferenzen, Runde Tische, sowie der gesamte Bereich des bürgerschaftlichen Engagements (Bogumil 2004: 156).

Das Programm lebt von Public-Private-Partnership

Nach dem Prinzip der Grund- und Ergänzungsfinanzierung können WiN-Projekte mit bis zu 50% der Gesamtkosten gefördert werden, wenn die Grundfinanzierung sichergestellt ist. Hierdurch wird der Einsatz von Drittmitteln sowie die Mittelbündelung in hohem Maße befördert. Für Tenever hat eine Programmbilanz ergeben, dass ein Euro aus WiN-Förderung rund sechs Euro Drittmittel nach sich zieht (IfS 2004). Angesichts der desolaten Finanzsituation Bremens ist hier ein hoch wirksamer, zielgenauer und verantwortungsvoller Einsatz öffentlicher Steuergelder garantiert, der über das WiN-Programm hinaus Ressourcen in die Quartiere lenkt.

Das Programm WiN ist ein Baustein im Einsatz gegen die zunehmende Spaltung der städtischen Gesellschaft und ihre Folgen

Das Programm WiN ist eine Form neuer Verantwortungsteilung zwischen Staat und Gesellschaft. Hier wird der Bewohnerschaft benachteiligter Quartiere eine Stimme gegeben und Mitsprache eingeräumt. Dies beseitigt nicht die benachteiligenden Umstände, trägt aber deutlich zu einer Aufwertung der Interessen und Bedürfnisse der Menschen bei. Bestätigt wurde der zukunftsweisende Ansatz durch eine Evaluation der Programme WiN und Soziale Stadt: „Der

Grundgedanke beider Programme, der lokalen Ebene möglichst große Handlungsspielräume einzuräumen hat sich im Kern bewährt“ (IFS 2004: 89).

3 Das Beispiel Bremen-Tenever

Tenever - engagiert und beispielhaft vernetzt

In Tenever gibt es eine langjährige Tradition der Bürgerbeteiligung sowie eine gut funktionierende Kooperation und Kommunikation der verschiedenen Akteure.

Im Arbeitskreis Tenever, einem seit 30 Jahren bestehenden selbstorganisierten Zusammenschluss aller sozialen Einrichtungen und Initiativen des Quartiers, werden Entwicklungen und Probleme diskutiert und gemeinsame Aktionen geplant. Er versteht sich als Lobby für die sozialen Belange der Bewohnerinnen und Bewohner und greift aktiv in das Leben des Quartiers ein.

Die „Stadtteilgruppe Tenever“ als zentrales Forum der Quartiersentwicklung

Für die Umsetzung der Quartiersentwicklungsprogramme wurde die Stadtteilgruppe Tenever geschaffen. In diesem lokalen Forum treffen sich regelmäßig alle mit dem Quartier verbundenen Akteure, alle, denen Tenever am Herzen liegt und die sich informieren oder etwas verändern wollen. Die Sitzungen sind öffentlich. Jeder kann daran mit den gleichen Rechten teilnehmen. Hier werden Entwicklungen und Probleme angesprochen und diskutiert, Projekte zur Verbesserung der Wohn- und Lebenssituation entwickelt und über die Vergabe von öffentlichen Geldern (jährlich ca. 350.000 Euro) aus den Programmen WiN, Soziale Stadt und LOS entscheiden.

Zusammensetzung der Stadtteilgruppe

In der Stadtteilgruppe treffen sich alle, die im Gemeinwesen leben, arbeiten oder Verantwortung tragen;

- Interessierte Bürgerinnen und Bürger sowie Bewohnergruppen - sie sind die Hauptakteure, die Experten ihres Lebensumfeldes.
- Die Wohnungsgesellschaften - gilt doch die Wohnung als „dritte Haut“ des Menschen und ist von zentraler Bedeutung für Lebensqualität.
- Vertreter der sozialen, kulturellen, Gesundheits- und Bildungseinrichtungen - sie nehmen selbst an den Sitzungen teil bzw. werden vertreten durch den Arbeitskreis Tenever.
- Die Politik - Mitglieder des Kommunalparlaments (Beirat Osterholz) sowie zwei bis drei Mitglieder der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) nehmen regelmäßig an allen Sitzungen teil.
- Öffentliche Verwaltung – z.B. Vertreter von Polizei, Amt für Soziale Dienste, Senator für das Bau, Umwelt und Verkehr, Ortsamt, Stadtgrün
- Die Gewerbetreibenden - in Tenever gibt es jedoch nur wenige Geschäfte und Ärzte sowie einige Gaststätten und Imbisse, die alle unter der geringen Massenkraft und dem negativen Image leiden.

Die Stadtteilgruppe wird geleitet vom geschäftsführenden Quartiersmanagement („Projektgruppe Tenever“: Senator für Bau, Umwelt und Verkehr und Amt für Soziale Dienste). An den Sitzungen nehmen ca. 50-100 Menschen teil, davon jeweils 40%-70% aus der Bewohnerschaft.

Zentrale Elemente der Stadtteilgruppensitzung

Raum für Fragen und Probleme der Bewohnerschaft: Traditionell am Anfang jeder Sitzung steht der Punkt „Aktuelle Fragen und Probleme“, der auf Wunsch der Bewohnerinnen und Bewohner eingeführt wurde. Hier können die Anwesenden alle Fragen des Gemeinwesens ansprechen. Häufig geht es um den desolaten Zustand der Wohngebäude, verschmutzte Eingänge oder Flure. Auch politische Themen wie die drohende Schließung einer Stadtteilbibliothek, ökologische Fragen, Fragen der Sicherheit, die Versorgungssituation der Kinder, Imageprobleme des Quartiers oder - derzeit zentral - die Umsetzung und Auswirkungen der Sanierung Tenevers (Stadtumbau West) werden diskutiert. Wer diesen Tagesordnungspunkt aufmerksam verfolgt, erfährt viel von den aktuellen Stimmungen und Problemen im Quartier.

Konsensprinzip: Die Mittelvergabe der Programme WiN, Soziale Stadt und LOS ist von zentraler Bedeutung. Die öffentlichen Mittel werden für ein Projekt erst dann bewilligt, wenn in der Stadtteilgruppe Konsens über die Vergabe erzielt wird. Anders ausgedrückt bedeutet das: jeder Beteiligte kann sein Veto einlegen. Diese Vergabepaxis findet in allen WiN - Quartieren statt und ist sicherlich bundesweit beispielhaft. Das Konsensprinzip ist kein einklagbares Recht,

sondern eine Selbstverpflichtung von Politik und Verwaltung, abgesichert durch Beschlüsse der Bremischen Bürgerschaft und des Bremer Senats.

Diese Vergabepaxis, bei der es um nicht weniger als den Einsatz öffentlicher Steuermittel geht, ist der Erkenntnis geschuldet, dass Bewohnerinnen und Bewohner Experten ihres Wohnumfeldes und Alltagslebens sind und nicht zuletzt die Betroffenen von allen Maßnahmen im Quartier. Dem entsprechend stehen sie im Mittelpunkt der Quartiersentwicklung und erhalten besondere, für sie praktikable Mitbestimmungsrechte. Ziel ist es, die verschiedenen Interessengruppen in einem gemeinsamen Prozess der Gestaltung und Entscheidungsfindung in allen sie betreffenden Fragestellungen und Belangen einzubeziehen und so gemeinsam zu einem Konsens zu kommen. Hierbei wurden im Grunde genommen die objektiven Vetorechte von Wohnungseigentümern (Schutz des Privateigentums laut Grundgesetz), Verwaltung (Verwaltungsvorschriften und gesetzliche Vorgaben) und Politik ergänzt um ein Vetorecht der Betroffenen. Diese Vergabepaxis ist von hohem Wert für die Quartiersentwicklung:

- Der offene Diskussionsprozess, Kooperation und Mitbestimmungsmöglichkeiten sowie die Transparenz der Mittelvergabe sichert den Projekten eine hohe Akzeptanz im Quartier und fördert umgekehrt die Identifikation der Projektträger mit diesem.
- Qualität und Effizienz der Maßnahmen werden gesteigert, da sie bedarfsorientiert und zielsicher eingesetzt werden.
- Ein verantwortungsvoller, ressourcenschonender und damit sparsamer Mitteleinsatz ist garantiert: Gerade die Bewohnerinnen und Bewohner sind kritisch in ihren Nachfragen und achten sehr auf Kosten.

Häufig werden Zweifel laut: „Das klappt doch nie!“ In den letzten fünf Jahren wurden in Tenever 300 mal Konsensbeschlüsse gefasst. In diesem mittlerweile etablierten Prozess haben sich Vertrauen und Kooperation zwischen allen Beteiligten herausgebildet. Die viel besungenen „Synergieeffekte“ sowie „kurze Wege“ sind hier Alltagspraxis.

Das heißt nicht, dass keine Höhen und Tiefen vorgekommen sind; So wurde - bedingt durch ein Veto von Wohnungsgesellschaften, Politik, Verwaltung oder auch der Bewohner - manches Projekt verhindert. Aber das war dann wahrscheinlich auch gut so, da der nötige Rückhalt im Quartier gefehlt hat. Manches Mal hat ein Veto auch zu einer deutlichen Qualitätsverbesserung eines Projektes beigetragen, denn ein einmal „gescheitertes“ Projekt ist nicht etwa für immer gescheitert, sondern kann mit allen Beteiligten und insbesondere denen, die ihr Veto eingelegt haben, überprüft, nachgebessert und erneut zur Beschlussfassung gestellt werden.

Stadtteilgruppe - Ort des Quartiersdiskurses

Auf den Stadtteilgruppensitzungen wird der Diskurs über alle das Quartier und seine Bewohnerinnen und Bewohner betreffenden Belange öffentlich und allgemein verständlich geführt. Die Stadtteilgruppe ist ein Ort an dem Demokratie, Toleranz und Konfliktlösung gelebt und erfahrbar werden. Hier ergänzen sich das Erfahrungswissen der Bewohner und das Expertenwissen von Fachleuten, Politikern und Interessenvertretungen beispielhaft.

Vor allem Bewohner haben hier die Möglichkeit ihre Interessen und Bedenken öffentlich zu artikulieren und zu diskutieren, was sonst in unserem parlamentarischen repräsentativen System nicht gegeben ist. Zentral ist, die Bewohnerinnen und Bewohner ernst zu nehmen mit all ihren Eigenarten, die vielleicht nicht immer in den doch recht formalen Ablauf einer solchen Sitzung passen.

4 Das Tenever-Modell - 10 von 100 Fragen

Wer beteiligt sich? Welche Formen der Bewohnerbeteiligung werden angewendet?

In erster Linie beteiligen sich Frauen, seltener Männer und gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil noch zu wenig Migranten. Kinder und Jugendliche kommen zu den Stadtteilgruppensitzungen bei spezifischen Projekten und wenn sie auf ihre Interessen aufmerksam machen wollen. Die Stadtteilgruppe ist jedoch bei weitem nicht der einzige Ort, an dem Beteiligung und Mitbestimmung stattfindet. Gerade Kinder und Jugendliche brauchen an ihre Bedürfnisse angepasste Beteiligungsverfahren, ihnen werden Orte und Mit-Mach-Projekte angeboten. So ist jede Spielplatzumgestaltung in Tenever von ihnen mit angeregt, in Zukunftswerkstätten geplant und, begleitet durch Aktionen und Feste, auch umgesetzt worden (Spiellandschaft Stadt e.V. 2003).

Am meisten aber beteiligen sich Bewohnerinnen und Bewohner an punktuellen, praktischen Aktionen mit schnell sichtbarem Ergebnis:

- Bewohnerinnen und Bewohner engagieren sich insbesondere bei Aktionen zur Rettung von wichtigen (sozial)infrastrukturellen Einrichtungen wie dem Hallenbad Tenever und der Stadtbibliothek. Aktuell setzen sich Eltern aktiv und mit vielfältigen Aktionen für den Wiederaufbau eines kürzlich abgebrannten Kindertagesheims ein.
- Als 1999 die NPD bundesweit demonstrierte und mit rassistischen Sprüchen auch durch Tenever ziehen wollte, haben sich viele Bewohner und die sozialen Einrichtungen zusammen geschlossen, um gemeinsam mit Aktiven aus ganz Bremen das internationale Quartier zu verteidigen und ein großes internationales Freundschaftsfest zu feiern. So wurde mit gemeinschaftlicher Kraft verhindert, dass die Rechten durch das Quartier marschieren konnten.
- Bei Wohnumfeldmaßnahmen, der Gestaltung neuer Spielplätze, der Einrichtung von selbstgenutzten Räumen, der Renaturierung eines Baches etc. nehmen Bewohnerinnen und Bewohner Werkzeug, Spaten und Harke in die Hand und sind aktiv dabei - quer durch alle Nationalitäten.

Wie viele Menschen beteiligen sich?

An „klassischen“ Sitzungen wie Hausversammlungen oder Bewohnerplanungssitzungen nehmen zwischen 5% und 50% der Betroffenen teil. Zur Stadtteilgruppe kommen zwischen 20 und 70 Bewohnerinnen und Bewohner.

Unserer Ansicht nach ist ein Punkt wesentlich bedeutsamer als die reinen Zahlen: die Rolle der sozialen Einrichtungen als Orte der Kommunikation und Beteiligung. Ihnen und insbesondere den Mitarbeitern bringen die Menschen Vertrauen entgegen, hier entstehen Zugänge und Kommunikationsformen, die durch die klassischen Beteiligungsverfahren nicht geschaffen werden können. Insbesondere Bewohner, die sich z.B. im Rahmen einer öffentlichen Stadtteilgruppensitzung nicht trauen würden, das Wort zu ergreifen haben hier die Möglichkeit, ihre Vorstellungen und Meinungen einzubringen. Sie erfahren, dass ihre Anliegen ernst genommen werden.

Tag für Tag werden über 500 Kinder von ihren Eltern in die fünf Kindergärten Tenevers gebracht: die Eltern sprechen mit den Betreuerinnen über ihre Sorgen und Nöte, ihre Ideen, Wünsche und Vorstellungen und werden gleichzeitig über die Entwicklungen und Angebote des Quartiers informiert. Gleiches geschieht in anderen sozialen Einrichtungen, sei es im Mütterzentrum bei Kaffee und Kuchen, im Haus der Familie im Rahmen eines Sprachkurses oder im Frauengesundheitstreff anlässlich eines Frauenbadetages. Diese Beteiligung wirkt über das Netzwerk der sozialen Einrichtungen in die Stadtteilgruppe und damit in den Quartiersdiskurs hinein. Eine Gesellschaft, die ihre Bürger ernst nimmt benötigt daher dringend Räume und Möglichkeiten, wo sich Menschen meinungsbildend treffen und selbst organisieren können. Ebenso wichtig sind engagierte und am Gemeinwesen interessierte Fachkräfte, die die Menschen ihren Bedarfen und ihrer Verschiedenheit entsprechend an der Gestaltung ihres Lebensumfeldes beteiligen und sich gegebenenfalls für die Einhaltung ihrer (sozialen) Rechte einsetzen (Freie Hansestadt Bremen 2001).

Gelangen wirklich alle Sichtweisen in den Diskurs oder setzen sich doch vor allem mittelschichtorientierte Kräfte durch?

Zunächst: „Mittelschicht“ gibt es im Hochhausviertel nicht. Dies bestätigt auch die Evaluation der Programme WiN und Soziale Stadt: Eine Mittelschichtorientierung kann nicht festgestellt werden (Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik 2004). Wichtig ist, durch Atmosphäre, Wertschätzung, Ansprache und niedrigschwellige Zugänge ein Klima zu schaffen, in dem alle auf ihre Art gleichberechtigt mitwirken können. Allerdings werden bestimmte Strömungen in der Bewohnerschaft hauptsächlich durch Multiplikatoren, insbesondere des Wohnertreffs und der Interkulturellen Werkstatt als wichtigste Bewohner selbstorganisationen, vertreten. Ganz besonders wichtig sind in diesem Zusammenhang auch die sozialen Einrichtungen, wie oben beschrieben. Die Befürchtung, diese Formen kooperativer Demokratie würden in der Regel nur von privilegierten „Aktivbürgern“ genutzt und trügen zur Verfestigung sozialer Ungleichheiten bei, trifft nicht zu. Hier kommt es entscheidend auf die Art und Weise des Zugangs und die Definition von „Beteiligung und Engagement“ an. Fasst man darunter lediglich institutionalisierte Organisationen, Vereine, Initiativen oder Selbsthilfegruppen wie es in gängigen Diskursen häufig der Fall ist, wird das vielfältige Engagement und der Beitrag, den sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen damit für unserer Gesellschaft

leisten, völlig ausgeblendet. Wir verstehen unter Engagement, dass Menschen ihre Wünsche und Beschwerden äußern, sich für ihre Interessen einsetzen, dass sie an entscheidenden Entwicklungen aktiv teilhaben und ihre Lebensverhältnisse mitgestalten.

Wie wird Beteiligung gefördert?

Beteiligung wird vor allem dadurch gefördert, dass den Bewohnerinnen und Bewohnern und anderen lokalen Akteuren eine Haltung der Achtung und Wertschätzung entgegengebracht wird. Es ist richtig und wichtig, die Bewohnerschaft und ihr Engagement in den Mittelpunkt zu rücken. Schließlich geht es um ihre Belange, ihr Gemeinwesen, ihre Gesellschaft. Bürgernähe kann nur gelingen wenn die Themen, Inhalte und die Rechte der Bewohnerschaft berücksichtigt und insbesondere die kulturellen Hintergründe, die Sprache, die Alltagsgewohnheiten und vor allem die ihre Lebensführung beeinträchtigenden Umstände der Menschen beachtet werden.

Für die Förderung von Beteiligung und Engagement spielt die Mischung aus Basisorientierung, Quartiersdiskurs und der Möglichkeit, Geld zu vergeben eine zentrale Rolle. Es gibt die Chance, Anliegen öffentlichkeitswirksam über die Stadtteilgruppe einzubringen. Die Tatsache, dass WiN gerade für kleinere Projekte die Möglichkeit bietet, sehr schnell und unbürokratisch Mittel erhalten zu können, ermutigt Bewohner und Bewohnerinnen, sich für ihre Belange zu engagieren. Bestes Beispiel sind die vielfältigen Projekte, die mittlerweile rund um die Interkulturelle Werkstatt Tenever entstanden sind. Die Interkulturelle Werkstatt ist ein Verein, der das internationale Leben fördert. Ausschließlich durch ehrenamtliches Engagement wurde und wird der Treffpunkt hergerichtet und betrieben; das „Café Mosaik“ als Anlaufstelle ist 365 Tage im Jahr von 10 - 22 Uhr geöffnet. Die Besucherinnen und Mitarbeiter der Interkulturellen Werkstatt entwickeln Sportaktivitäten, politische Veranstaltungen und neue Projekte wie „EDGA“ („Ex-Drogenuser Gemeinsam Aktiv“), „Hoodworker“ (eine selbstorganisierte Jugendinitiative die sich ihres „Hoods“, ihres Heimatghettos, annimmt) oder das Projekt „Internationale Gärten“ - mit großem Erfolg (Catruat, Barloschky 2004).

Wie verhält es sich mit der Dialektik von Fachkompetenz und Bewohner- bzw. Betroffenenkompetenz?

Dies ist ein fruchtbarer Prozess. Der Rückgriff auf das Expertenwissen der Bewohnerschaft sowie das klare Festhalten an der Erkenntnis, dass sie letztlich die „Betroffenen“ jeder Veränderungsmaßnahme sind, macht sich positiv bemerkbar: Die Projekte werden spürbar qualifiziert und ihre Akzeptanz erhöht. Jede Freiraumplanung oder Spielflächenumgestaltung wird lebhaft und konstruktiv begleitet. Zunächst fällt es vielen Fachleuten, z.B. Freiraumplanern oder Architekten, schwer mit anzusehen, dass Bewohnerinnen und Bewohner in ihren Planungen „herumkritzeln“. So „schön bunt und ausgereift“ die Pläne der Planer an der Wand auch wirken - dass z.B. der Rodelberg oder die geheimen Ecken der Kinder und Jugendlichen bei der aktuellen Umgestaltung des zentralen Tenever-Spielplatzes nicht verschwinden dürfen, haben die Betroffenen den Planern schnell klargemacht. So wurden manches Mal gravierende Änderungen vorgenommen. Auch hier bestätigen Erfahrung und Evaluation: Die Stadtteilgruppe entscheidet in höchstem Maße sachgerecht über beantragte Projekte (IfS 2004). Eine schöne, beispielhafte und Mut machende Bestätigung gelungener Kooperation.

Ist die Vergabe öffentlicher Mittel nicht Aufgabe gewählter Parlamente?

Häufig wird darauf verwiesen, dass über Steuergelder nur von demokratisch gewählten Gremien entschieden werden darf. In Bremen hat die Politik den Quartieren „ihr“ Budget per Beschluss zur Verfügung gestellt und zudem sitzen die Politiker mit am Tisch. Wenn sie mit einer Maßnahme nicht einverstanden sind, können sie von ihrem Vetorecht Gebrauch machen. Politikbeschlüsse werden so volks- und realitätsnäher.

Verzögert sich durch die umfangreiche Beteiligung von Bewohnerinnen und Bewohnern und deren Vetorecht nicht die Projektrealisierung?

Nein, es gibt Projekte, die nach einem Vierteljahr umgesetzt sind; und es gibt Projekte, die von der Idee bis zur Umsetzung acht Jahre gebraucht haben. In der Regel lag dies nicht an der Bewohnerbeteiligung, sondern war der Komplexität der Projekte geschuldet (Aufbringen der Grundfinanzierung, rechtliche Probleme etc.). Es wird sogar im Gegenteil festgestellt, dass gerade die Bewohnerinnen und Bewohner sowie die Akteure der Stadtteilgruppe im Quartiersdiskurs auf schnelle Entscheidungen drängen und mit ihren Forderungen öffentlichen Druck ausüben.

Staatliche Zuwendungen bedürfen doch einer sorgfältigen Prüfung (z.B. Einhaltung Landeshaushaltsordnung etc.) - kann die Stadtteilgruppe dies gewährleisten?

Die sachliche Detailprüfung wird außerhalb der Stadtteilgruppe von einer ressortübergreifenden Arbeitsgruppe vorgenommen. Diese erteilt auch die wirksamen Zuwendungsbescheide und ihr obliegt das gesamtstädtische Controlling über das Programm WiN. Die Stadtteilgruppe erteilt im Konsens das „Gütesiegel“ für ein Projekt und setzt damit Prioritäten bzw. steckt den Rahmen der Fördersumme ab. Allerdings werden nur dann Zuwendungsbescheide erteilt, wenn die Stadtteilgruppe vorher im Konsens über das jeweilige Projekt entschieden hat.

Das mit dem Vetorecht kann doch nicht funktionieren. Gibt es nicht immer Unzufriedene und Querulanten?

Die Praxis hat bewiesen, dass es funktioniert und erfolgreich ist. Zwar gab es in den letzten fünfzehn Jahren auch turbulente Sitzungen. Sitzungen wurden vorzeitig beendet oder es gab Ideen, das Konsensprinzip neu zu definieren als „Konsens minus 1“. Auch kam die Frage auf, inwieweit ein Veto sachlich fundiert begründet sein muss, um als solches zu wirken. Bisher wurde das Konsensprinzip jedoch nicht angetastet. Die positiven Erfahrungen überwiegen ganz eindeutig. Nicht zuletzt ist das Vetorecht ein ganz zentraler Faktor, jedem einzelnen Akteur Wertschätzung entgegen zu bringen und seiner Meinung „Gewicht“ beizumessen. Jeder kann voraussetzungslos - auch ohne „anerkanntes Fachwissen“ - Meinung und Bedenken äußern oder Einspruch einlegen. Nicht zuletzt gibt es die Möglichkeit, durch Sensibilität für Stimmungen, gutes Moderieren oder Steuern eine Konsensatmosphäre zu schaffen. Sehr hilfreich ist dabei, dass sich in den letzten Jahren unter den Hauptakteuren vielfach Vertrauen, zumindest Verständnis entwickelt hat.

Gibt es auch bei der millionenschweren Sanierung Bewohnerbeteiligung?

In den letzten Jahren wurden bereits einige Hochhäuser erfolgreich saniert. Bewohnerbeteiligung und WiN-Unterstützung spielten hier eine große Rolle. Die nun seit 2003 realisierte Großsanierung (Stadtumbau West) ist von den Akteuren der Stadtteilgruppe gefordert, vorangetrieben und konzeptionell mitentwickelt worden. Allerdings gibt es kein Konsensprinzip, auch kein Veto-Recht der Betroffenen im Zusammenhang mit einzelnen Maßnahmen und Investitionen. Aber auf jeder Stadtteilgruppensitzung steht die Sanierung im Mittelpunkt, wesentliche Fragen der Modernisierung und des Abrisses werden hier gemeinsam mit den für die Durchführung Verantwortlichen diskutiert. Zudem arbeiten Vertreter der Stadtteilgruppe in den von der Sanierungsgesellschaft gebildeten Arbeitsgruppen (Technik, Freiflächenplanung, Umzugmanagement) aktiv mit. Sie bringen dort den Quartiersdiskurs ein und berichten über neue Entwicklungen und kontroverse Fragen anschließend in der Stadtteilgruppe. So ist ein guter Informationsfluss gewährleistet, der bisher maßgeblich dazu beigetragen hat, die Sanierung für alle Beteiligten und Betroffenen so annehmbar wie möglich zu machen.

5 Schlussbemerkungen

Abschließend lassen sich folgende Erkenntnisse zusammenfassen:

- Die Beteiligung, Mitbestimmung und Mitentscheidung von Bewohnerinnen und Bewohner sind Kernelemente der Quartiersentwicklung. Sie sind Experten ihres Alltags und als solche mit ihren Interessen, Sorgen und Nöten ernst zu nehmen.
- Ein kontinuierlich geführter, öffentlicher Quartiersdiskurs ist von großer Bedeutung und ein wichtiger Seismograph für Verwaltung und Politik.
- Quartierbudgets in Verbindung mit neuen Beteiligungsrechten und -formen für die Bürgerinnen und Bürger sind ein wichtiger Bestandteil einer neuen Form von Verantwortungsteilung zwischen Staat und Gesellschaft. Sie ermöglichen bürgernahe Entscheidungen über die Verwendung kommunaler Finanzen. Das Konsensprinzip auf überschaubarer Quartiersebene gewährleistet eine basisdemokratische Möglichkeit der Entscheidungsfindung.
- Quartierbudgets können staatliche Sicherungsleistungen und Regelversorgung nicht ersetzen. Werden sie instrumentalisiert um an anderer Stelle staatliche Versorgungsleistung zu reduzieren besteht die Gefahr, dass die hinter sozialer Ausgrenzung, Armut und Ungleichheit stehenden gesellschaftsstrukturellen Ursachen ausgeblendet werden. Ohne diese im Blick zu haben, kann dem „Fahrstuhleffekt“, der benachteiligten Quartieren und ihren Bewohnern droht, nicht Einhalt geboten werden.

- Eine an den Bedürfnissen, Interessen und Anliegen der Bewohnerschaft orientierte Quartiersentwicklung hat sich als Einmischungsstrategie zu verstehen. Ausgrenzung und soziale Benachteiligung sind stets im Kontext ihrer gesamtgesellschaftlichen Einbettung und unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Interessenslagen und Machtverhältnisse zu analysieren. Nur so kann Quartiersentwicklung positive, sozialer Ausgrenzung entgegen wirkende Effekte erzielen (Wohlfahrt 2004).
- Die Durchführung und Fortsetzung von Stadtteilentwicklungsprogrammen ist ein wichtiger Baustein im Zusammenspiel verschiedener Maßnahmen zur Reduzierung von Benachteiligung und sozialer Ausgrenzung. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Integrationskraft benachteiligter Quartiere und haben einen Anteil daran, dass Zustände, wie sie in den Banlieues von Paris oder mancher englischer Vorstädte herrschen, (bisher) verhindert werden konnten.

Um jedoch ihrer Rolle als Integrationsquartiere gerecht zu werden oder gar den Menschenrechtsanspruch auf Chancengleichheit erfüllen zu können, bedürfen die „Tenevers“ dieser Republik anderer Maßnahmen. Kleinere Aufbesserungen reichen nicht, wenn der Abwärtsspirale Einhalt geboten werden soll und Chancengleichheit gewollt ist. Eine nachhaltige Verbesserung der Lebenslagen und -perspektiven kann nicht allein mit „zusätzlichen“ Programmen und in kommunaler Perspektive erreicht werden (Becker, Löhr 2003: 226 f.). Erforderlich sind vielmehr:

- Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen,
- Überwindung der Einkommensungleichheit und der zunehmenden gesellschaftlichen Spaltung in Arm und Reich,
- Förderung und Unterstützung insbesondere der jungen Generation zur Kompensation der soziokulturellen Benachteiligung (Ganztagsplätze, Versorgung der Unter-Dreijährigen, Ausbau von Bildungsförderung etc.).

Aufgrund der großen Integrationsleistungen, die Quartiere wie Tenever für die Gesamtstadt und die Gesamtgesellschaft erbringen (Kinder, Migranten etc.), müssen solche Quartiere und ihre Bewohnerinnen und Bewohner überproportional unterstützt werden.

6 Quellen

Literatur

- Barloschky, Joachim 1997: Soziale Netze und Bewohnerbeteiligung in: Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes NRW: Die Menschen machen ihren Stadtteil selbst... Dortmund, S. 42-53
- Becker, Gerd 2000: Kooperation statt Konkurrenz. Die Chancen von Stadtteilarbeitskreisen für die Entwicklung und Vernetzung Sozialer Arbeit, in: Sozialmagazin, H. 4, S. 21-27.
- Bogumil, Jörg 2002: Kooperative Demokratie - Formen, Potenziale und Grenzen, in: Haus, Michael (Hg.): Bürgergesellschaft, soziales Kapital und lokale Politik, Opladen, S. 151-166.
- Bronke, Karl 2002: Programm „Wohnen in Nachbarschaften - WiN,“ (Bremen), in: Pröhl, Marga; Sinning, Heidi; Nährlich, Stefan (Hg.): Bürgerorientierte Kommunen in Deutschland. Anforderungen und Qualitätsbausteine. Bd 3: Ergebnisse und Perspektiven des Netzwerkes CIVITAS. Gütersloh, S. 220-222.
- Freie Hansestadt Bremen (Hg.) 2003: „Wohnen in Nachbarschaften (WiN). Stadtteile für die Zukunft entwickeln/ Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - die soziale Stadt“. Stand der Umsetzung der Programme, Bremen.
- Freie Hansestadt Bremen, Der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales (Hg.) 2001: „SpielRäume. Die soziale Stadt“, Nr. 22/23, Bremen.
- Häußermann, Hartmut 2002: Global, lokal, sozial. Von der Unteilbarkeit der Stadt, in: Walther, Uwe-Jens (Hg.): Die soziale Stadt. Zwischenbilanzen, Opladen, S. 71-86.
- Häußermann, Hartmut; Kronauer, Martin; Siebel, Walter 2004: Stadt am Rand: Armut und Ausgrenzung, in: Häußermann, Hartmut; Kronauer, Martin; Siebel, Walter (Hg.): An den Rändern der Städte. Armut und Ausgrenzung, Frankfurt am Main, S. 7-42.

- Hinte, Wolfgang; Lüttringhaus, Maria; Oelschlägel, Dieter 2001: Grundlagen und Standards der Gemeinwesenarbeit, Münster.
- Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik (IfS) 2004: Evaluation der Programme „Wohnen in Nachbarschaften - WiN“ und „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - die soziale Stadt“ in Bremen. Endbericht. Berlin.
- Kronauer, Martin 2002: Exklusion: Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus. Frankfurt am Main, New York.
- Mayntz, Renate 2002: Politische Steuerung, in Schader Stiftung (Hg.): Politische Steuerung der Stadtentwicklung, Darmstadt, S.37-43.
- Pröhl, Marga; Pahlen, Dieter 2002: Vorwort, in: Pröhl, Marga; Sinning, Heidi; Nährlich, Stefan (Hg.): Bürgerorientierte Kommunen in Deutschland. Anforderungen und Qualitätsbaustein. Bd 3: Ergebnisse und Perspektiven des Netzwerkes CIVITAS, Gütersloh, S. 11-13.
- Reinert, Adrian 2003: Bürger(innen)beteiligung als Teil der lokalen Demokratie, in: Ley, Astrid; Weitz, Ludwig (Hg.): Praxis Bürgerbeteiligung. Ein Methodenhandbuch, Bonn, S. 33-40.
- Spiellandschaft Stadt e.V. 2003: Kinder als Experten. Die Neugestaltung eines Hochhausspielplatzes in Bremen-Tenever, Bremen.
- Wohlfahrt, Norbert 2004: Bürgeraktivierung statt Nutzerorientierung? Das Quartier im Mittelpunkt managerieller Verwaltungsmodernisierung, in: Kessl, Fabian; Otto, Hans-Uwe (Hg.): Soziale Arbeit und Soziales Kapital. Zur Kritik lokaler Gemeinschaftlichkeit, Wiesbaden 2004, S. 123-138.

Internetquellen

- Catruat, Hafid / Barloschky, Joachim 2004: Zehn Erfahrungen des Zusammenlebens im internationalen Tenever, www.bremen-tenever.de (Zugriff am 08.08.2005)

Sonstige Quellen

- Mitteilung des Senats an die Bremische Bürgerschaft vom 08.12.1998, DS 14/708, S. 9.